

Donnerstag, 05. Mai 2022, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

Grasbrunn führt Verkehrsüberwachung ein

„Immer mehr Beschwerden“: Verstärkt Kontrollen wegen Rasern und parkenden Wohnwagen

VON BERT BROSCH



So bitte nicht mehr: Die vielen abgestellten Wohnwagen will Grasbrunn aus dem Ort vertreiben.

Foto: bb

Grasbrunn – Die Gemeinde Grasbrunn lässt den Verkehr ab 1. Juli verstärkt überwachen. Neben Rasern werden die vielen abgestellten Wohnmobile, Wohnwagen und Anhänger aufgeschrieben. „Immer mehr Bürger beschwerten sich, jetzt reagieren wir“, erklärt Bürgermeister Klaus Korneder (SPD) die Beweggründe der Kommune.

Lange habe die Gemeinde dem Verhalten auf den Straßen nur zugesehen. „Doch in der Vergangenheit häuften sich Beschwerden durch Geschwindigkeitsüberschreitungen, abgestellte Anhänger und Kraftfahrzeuge ohne Zulassung

auf öffentlichem Verkehrsgrund“, sagte Korneder. Nun wolle man die Verkehrssicherheit verbessern.

Da die Nachbargemeinden über positive Entwicklungen durch die Einführung der Verkehrsüberwachung berichtet hätten, will jetzt auch Grasbrunn mit dem „NWS Sicherheitsservice“ und Markt Schwaben (Kreis Ebersberg) zusammenarbeiten.

Laut Korneder gibt es im Ort einige Raser-Brennpunkte. Bei den vielen Anhängern und nicht zugelassenen Fahrzeugen wird die Kontrollstelle den Halter ermitteln, „der erhält dann einen Brief und, wenn er zwei Wochen später nicht reagiert hat, ein Bußgeld von 20 Euro“. In den Jahren 2020 und 2021 habe man je 40 rote Punkte an nicht zugelassene Fahrzeuge geklebt. Die Gemeinde habe bei den Anhängern zudem die Möglichkeit, bestimmte Flächen nur für Autos zu reservieren, dann dürften dort keine Anhänger mehr abgestellt werden. Bei der unberechtigten Benutzung eines Behindertenparkplatzes oder eines Parkplatzes mit E-Ladesäule könne auch das gemeindliche Ordnungsamt eine Verwarnung verhängen.

Startet die Verkehrsüberwachung am 1. Juli, rechnet die Gemeinde mit monatlich 15 Stunden Kontrolle des fließenden und stehenden Verkehrs. Die Kosten für 2022 belaufen sich laut Bürgermeister Korneder auf 9 300 Euro, im Jahr 2023 dann auf 18 600 Euro. Ein Minus-Geschäft erwartet Grasbrunn aber wohl nicht. Die Erfahrungen der Nachbargemeinden hätten gezeigt, dass die Verwarn- und Bußgelder die Ausgaben übersteigen. „Wir werden diesen Überschuss für Projekte und Maßnahmen der Verkehrserziehung sowie -sicherheit an den Kindergärten und Schulen einsetzen“, sagte Korneder und betonte: „Das ist also auf keinen Fall eine Abzocke der Gemeinde.“

Markus Mende (SPD) hält gar nichts von einer Tempokontrolle, „richtig gerast wird doch vor allem auf der B 471 und der B 304, aber das sind ja Kreisstraßen, da dürfen wir nicht blitzen“. Korneder bestätigte, dass sich bei Geschwindigkeitskontrollen im Ort über 85 Prozent der Autofahrer an das Tempolimit halten, „aber es gibt immer welche, die rasen.“

Für Max Walleitner (Grüne) wird in Spielstraßen und vor Kindergärten viel zu schnell gefahren. Auch Ulrich Hammerl (SPD) unterstützt Tempokontrollen: „Ich war zuerst dagegen, habe mir aber die Statistik der letzten Jahre angesehen und meine Meinung geändert.“ Fraktionskollege Dieter Schuster ärgerte sich über die „unzähligen Anhänger, die überall herumstehen. Eine Strafe von 20 Euro, das juckt doch keinen. Besser wäre es, die Gemeinde würde Parkflächen

für Anhänger ausweisen.“ Paul König (CSU) lehnte das Blitzen strikt ab. „Wir sind keine Raser-Gemeinde, bei uns muss man nicht kontrollieren.“ Mit 14:5 beschloss der Gemeinderat, dass ab 1. Juli auf den Straßen kontrolliert wird.